



Meta öffnet sich: Nick Clegg (links) im Gespräch mit dem französischen Informatiker Yann LeCun im April in London

Foto AP

Warum Meta seine KI verschenkt

Es ist ein bemerkenswerter Imagewandel, der dem Facebook-Konzern Meta und allen voran seinem Gründer Mark Zuckerberg da gerade zu gelingen scheint – vom Transparenz-Saulus zum Paulus. Die Künstliche Intelligenz (KI) macht es möglich. Während die Konkurrenten Google und Open AI ihre großen KI-Modelle streng unter Verschluss halten, macht Meta seine Llama-Modelle für alle Welt frei zugänglich und investiert Milliarden in eine Technologie, mit der es zumindest direkt zunächst keinen Cent verdient.

Mehrere Hundert Millionen Mal wurden die Programme inzwischen heruntergeladen. Gerade erst hat der Konzern eine Konferenz in Berlin abgehalten, um für seinen Ansatz für „offene Innovationen“ zu werben – und ein neues Förderprogramm für europäische Start-ups aufgelegt, die offene KI-Systeme in ihre Produkte integrieren.

Das provoziert die Frage: Warum das Ganze? „Wir sind keine Wohltätigkeitsorganisation“, stellt Nick Clegg im Gespräch mit der F.A.Z. klar. Der ehemalige britische Vizepremierminister arbeitet inzwischen als Metas Chief Lobbyist. „Aber wir glauben, es ist nicht nachhaltig, wenn die führenden KI-Modelle von einigen wenigen Konzernen kontrolliert werden.“

Metas Kalkül: Start-ups und Wissenschaftler nutzen die KI-Modelle des Konzerns und entwickeln darauf basierend Anwendungen, die Meta dann möglicherweise später selbst nutzen kann. Meta hat die Modelle zudem selbst im Einsatz. Durch den sogenannten Open-Source-Ansatz erweitert der Konzern seine Entwicklungsabteilung im Prinzip kostenlos um Tausende Entwickler international, die den Einsatz der KI möglicherweise effizienter machen können. Das würde die nicht unerheblichen Kosten für den Betrieb der Künstlichen Intelligenz von Meta in Zukunft senken.

Weniger offensiv kommuniziert Meta die Tatsache, dass der Konzern mit seinem offenen Ansatz natürlich auch die

Meta war lange vor allem für die Intransparenz seiner Social-Media-Algorithmen berüchtigt. Jetzt schwingt sich der Facebook-Konzern zum Verfechter frei zugänglicher Künstlicher Intelligenz auf. Was steckt hinter der Strategie?

Von Maximilian Sachse, Frankfurt

Konkurrenz um Open AI, Microsoft und Google schwächt, die mit dem Verkauf ihrer Modelle Geld verdienen wollen. Sie argumentieren auch damit, dass die freie Veröffentlichung der Technik zu gefährlich sei. Open-Source-Verfechter halten dagegen, dass gerade die Schwarmintelligenz es leichter mache, Sicherheitslücken in Software zu erkennen.

Aus diesem Grund und um die Abhängigkeit von amerikanischen Softwarekonzernen wie Microsoft zu reduzieren, will auch die deutsche Bundesregierung seit Jahren stärker auf Open Source setzen – bislang aber mit begrenztem Fortschritt. Für Meta ist der Trend zu mehr Open Source im öffentlichen Sektor dennoch die Chance auf einen neuen Absatzmarkt. Im Gegensatz zu Google oder Microsoft hat das Geschäft mit der öffentlichen Hand für Meta bislang kaum eine Rolle gespielt. Durch die Künstliche Intelligenz könnte sich das ändern, hofft Clegg. „Es gibt im öffentlichen Sektor ein riesiges Potential für den Einsatz von Open-Source-KI – von der Verwaltung des Steuersystems bis zur Diagnostik im öffentlichen Gesundheitswesen.“

Mark Zuckerberg ist kein Neuling in der Open-Source-Szene. Im Jahr 2011 startete Facebook etwa das „Open Compute“-Projekt und stellte damit die Designs seiner Server frei zur Verfügung. Im Jahr 2016 veröffentlichte Facebook dann mit Pytorch eine Open-Source-Software-Bibliothek. Auch deshalb sieht Clegg in der freien Veröffentlichung von Metas KI-Modellen keinen Widerspruch

stünden. Grundsätzlich reiche im Gegensatz zu herkömmlicher Open-Source-Software für KI-Modelle der Quellcode der Software zur Anwendung des Modells nicht aus, um von einem „wirklich offenen Modell“ sprechen zu können. „Nachvollzieh- und überprüfbar sind die Modelle nur dann, wenn letztlich auch die Trainingsdaten verfügbar sind“, sagt Ganten.

Meta hält sich mit solchen Details nicht auf. Seine Künstliche Intelligenz sei vor allem für Europa eine Chance, auf die enteilten KI-Mächte USA und China aufzuziehen, sagt Ex-Politiker Clegg. Zwar gebe es mit Unternehmen wie Mistral aus Frankreich und Aleph Alpha aus Heidelberg auch interessante europäische Entwickler von KI-Basismodellen. Sie hätten aber „nicht mal im Ansatz“ die Größe und Rechenleistung von Meta oder den anderen US-Konkurrenten. „Wir glauben, das Teilen unserer Technologie gibt europäischen Start-ups und Wissenschaftlern einen gewaltigen Schub.“

Aus der deutschen KI-Szene gibt es für diese These Zuspruch. Indem Meta die Entwicklung von Basis-Modellen beschleunige, treibe das Unternehmen die Kommodifizierung der Technologie voran, sagt Rasmus Rothe. Rothe ist Mitbegründer von Merantix, einem Berliner Investor und Entwickler von KI-Start-ups, und vertritt die deutsche KI-Branche im KI-Bundesverband.

Das stärke auch Unternehmer und Entwickler in Europa. „Dadurch können diese Technologien einfacher eingesetzt werden, um wahren Wert zu generieren, und zwar mit industriespezifischen Lösungen“, sagt Rothe. Aber auch er fordert mehr Transparenz von Meta und stimmt dem Vorwurf des „Open-Source-Washings“ zu. „Es fehlt noch ordentlich was, um tatsächlich von Open Source zu sprechen“, sagt er. Ganz abgeschlossen hat Meta den Weg zum Transparenz-Paulus also noch nicht. Der Konzern sieht es ohnehin eher pragmatisch. Dass auch künftige Meta-Modelle frei zur Verfügung stünden, sei nicht ausgemacht und werde von Fall zu Fall geprüft, heißt es vom Konzern.

zum bisherigen Geschäftsgebaren des Konzerns. „Wir wollten unsere Dienste schon immer so vielen Menschen wie möglich zur Verfügung stellen“, sagt er.

Im Falle der Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram sei das durch die Werbefinanzierung gelungen, WhatsApp habe lange Zeit überhaupt keine Profite abgeworfen. Das ist freilich eine eher einseitige Interpretation. Der Konzern ist wegen der Undurchsichtigkeit der Algorithmen seiner Plattformen seit Jahren unter Druck und muss sich Vorwürfen erwehren, sie würden demokratische Gesellschaften spalten und die Psyche von Kindern negativ beeinträchtigen.

Doch für seine KI-Strategie erhält Meta aus der Open-Source-Szene durchaus Applaus. „Dass Meta mit seinen Llama-Modellen leistungsfähige und frei einsetzbare KI verfügbar macht, ist grundsätzlich zu begrüßen“, sagt etwa Peter Ganten, Vorstandsvorsitzender des Branchenverbands Open Source Business Alliance. Der Markt erhalte dadurch zusätzliche Optionen, KI unter der eigenen Kontrolle zu betreiben und – im Vergleich zu Google oder Open AI mit deutlich geringerer Abhängigkeit zu Dritten – in eigenen Produkten zu nutzen.

„Aber auch bei Llama muss man auf die Details schauen“, sagt Ganten. Meta bezeichne Llama3 zwar als Open-Source-Software, streng genommen sei das jedoch nicht. Die Lizenz enthalte Einschränkungen, die mit der Open-Source-Definition nicht im Einklang

Telecom Italia verkauft Festnetz an KKR und mietet es wieder

Experiment in Italien: Künftig besitzt keiner der Telekomanbieter mehr sein Infrastruktur-Rückgrat

chs. ROM. Die traditionellen Telekomkonzerne besitzen Funkmasten, Verteilerkästen und Kabel in der Erde, um ihr Produkt zum Kunden zu bringen. Das war lange Zeit die herrschende Vorstellung in der Branche. Die Verbindungen, für die das Netzwerk sorgte, etwa für das Telefonieren, waren quasi das Produkt. Doch in Italien schlägt der langjährige Monopolist Telecom Italia (Tim) nun ein neues Kapitel auf: Er verkauft sein gesamtes Netzwerk für die Festnetz-Kommunikation an ein Konsortium, das mehrheitlich von der amerikanischen Fondsgesellschaft KKR angeführt wird, und wird das Netz künftig mieten.

Es ist eine Premiere in Europa, dass sich ein Marktführer von seinem Rückgrat der Infrastruktur trennt. Künftig werden Tim so wie die anderen erst viel später entstandenen Wettbewerber Iliad aus Frankreich, Wind Tre aus Italien und das britisch-schweizerische Gespann Vodafone-Fastweb ohne eigenes Netzwerk um die Kunden kämpfen und es stattdessen mieten.

Ein wichtiger Grund für den Verkauf des Netzes ist für Tim die hohe Verschuldung. Durch die steigenden Zinsen wurde der Schuldendienst immer drückender. 18,8 bis 22 Milliarden Euro legen die Käufer in einem Deal auf den Tisch, dessen Einzelheiten am heutigen Montag in Rom erläutert werden sollen. Mit reduziertem Fremdkapital und weniger einengenden Auflagen, die Folge des Netzbesitzes waren, erhofft sich Tim mehr Freiheiten.

„Es ist unumkehrbar, wir werden wie die anderen Betreiber werden“, sagt der Tim-Vorstandschef Pietro Labriola. Der Tim-Großaktionär mit 23 Prozent am Kapital, der Medienkonzern Vivendi aus Frankreich, ist mit dem Deal zwar nicht einverstanden; die Franzosen finden, dass das Netzwerk für einen um rund 10 Milliarden Euro höheren Preis verkauft werden müsste. Vivendi hat Tim daher verklagt, doch die Italiener und die Ame-

rikaner von KKR sind sich sicher, dass ihre Transaktion nun voranschreitet.

Das italienische Experiment erfolgt vor dem Hintergrund etlicher Besonderheiten des Marktes: Mindestens vier große Anbieter buhlen in Italien um Kunden, sodass die Preise dort zu den niedrigsten Europas gehören. Ein Gigabyte Mobiltelefonie koste in Italien umgerechnet 10 US-Cent – verglichen mit 20 Cent in Frankreich, 60 Cent in Spanien, 80 Cent in Großbritannien, 2,70 Dollar in Deutschland und 5,60 Dollar in den USA, berichtet die Unternehmensberatung Alix Partners. Im Festnetz ist der Unterschied weniger ausgeprägt, doch Italien ist immer noch billiger als Spanien, England und die USA.

Die geringen Preise haben dazu geführt, dass Telekom-Unternehmen in Italien weniger verdienen, weniger investieren und sich moderne Technik wie Glasfaser langsam verbreitet. Durch die Fusion von Vodafone und Fastweb aus der Schweiz kam es schon zu einer Konsolidierung. Doch Tim-Chef Labriola meint, es müsse weitere Zusammenschlüsse geben. „In den USA und in China gibt es im Wesentlichen jeweils nur drei bestimmende Anbieter, in Europa sind es mehr als 100“, klagt er.

Durch die Abtrennung seines Netzwerkes wechseln rund 20.000 Tim-Mitarbeiter den Besitzer. Künftig arbeiten sie für das Konsortium von KKR, bei dem mit 20 Prozent auch das italienische Finanzministerium ein wesentlicher Aktionär sein wird. Zudem ist die staatliche italienische Beteiligungsgesellschaft CDP neben anderen Minderheitsaktionären wie einem Fonds aus Abu Dhabi und aus Kanada engagiert. Die Mehrheit hält KKR. Bei Tim verbleiben weniger als 17.000 Beschäftigte. Die Gewerkschaften sind gegen die Aufspaltung. „Es ist ein industriepolitisch Fehler, in keinem anderen Land wird es so gemacht“, sagte der Gewerkschaftsführer Maurizio Landini.

Deutsche Bank beruft Padovani

Neues Ressort Compliance im Vorstand

ham. FRANKFURT. Die Deutsche Bank erweitert den Vorstand. Wie Deutschlands größtes Kreditinstitut am frühen Sonntagabend mitteilte, schafft sie ein neues Ressort für Compliance (Regeltreue) und gegen Finanzkriminalität. Dieses Ressort erhält Laura Padovani, die der Aufsichtsrat schon zum 1. Juli in den Vorstand berufen hat. Padovani stieß vor 14 Monaten von der britischen Bank Barclays zur Deutschen Bank, zuvor hatte sie rund 20 Jahre lang für den US-Kreditkartenkonzern American Express gearbeitet und dort ein Anti-Geldwäsche-Programm entwickelt.

Die Berufung von Padovani dürfte eine Reaktion darauf sein, dass die Deutsche Bank ihre Geldwäschekontrollen nicht in den Griff bekommt. Die deutsche Finanzaufsicht Bafin hat schon im September 2018 einen Wirtschaftsprüfer entsandt, der als ihr Sonderbeauftragter die Geldwäschebekämpfung in der Deutschen Bank kontrolliert. Im Februar 2024 verlängerte die Bafin das Mandat für diesen „Sonderaufpasser“, den die Deutsche Bank bezahlen muss, ein weiteres Mal bis Ende Oktober dieses Jahres. „In den 14 Monaten, die sie bei uns ist, hat Laura Padovani bereits einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, unsere Kontrol-

len zu stärken“, ließ sich Alexander Wynaendts, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, in einer Pressemitteilung zitieren und fügte hinzu: „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, ihr auch auf Vorstandsebene die Verantwortung für die wichtigen Kontrollfunktionen zu übertragen.“

Padovani war seinerzeit von Stefan Simon verpflichtet worden, der bisher im Vorstand für Compliance verantwortlich war. Der vor seiner Zeit bei der Deutschen Bank bis 2016 für die Steuerberaterkanzlei Flick Gocke Schaumburg tätige Simon soll sich künftig im Vorstand auf das Amerika-Geschäft und Recht konzentrieren. Zuvor gab es Gerüchte, die Bankenaufsicht missbillige, dass Simon sowohl für das US-Geschäft als auch die Compliance verantwortlich ist.

Wie die Deutsche Bank am Sonntag weiter mitteilte, verpflichtete sie ab 1. September Nita Patel als Leiterin der Abteilung Antifinanzkriminalität und als Konzerngeldwäschebeauftragte. Patel war bisher tätig in Compliance-Funktionen in Finanzunternehmen wie Goldman Sachs, Nomura und Bear Stearns. Zuletzt war sie Compliance-Leiterin und Vorstandsmitglied bei der Credit Suisse. Padovanis Nachfolger als Leiter der Compliance-Abteilung der Deutschen Bank werde Graham Kent.

TUI verlässt Reiseverband

Dissens im Tourismus: Marktführer wendet sich ab

tko. FRANKFURT. Urlaubszeit ist in diesem Jahr Trennungszeit in der Reisebranche. Der Deutsche Reiseverband (DRV) muss künftig ohne den Urlaubsmarktführer TUI auskommen, der seinen Austritt erklärt hat. Aufgestauter Unmut über die Lobbyarbeit für das Geschäft mit Auslandsreisen soll dabei eine Rolle spielen. Auch die Vorgänge um den Anbieter FTI Touristik, der Anfang Juni Insolvenz anmeldete und zuvor in einen 2023 öffentlich gewordenen Branchen-Datenskanal verwickelt war, spalten die Branche.

Der Reiseverband erklärte knapp, man bedauere die TUI-Entscheidung. Der Konzern ist bislang einer der größten Beitragszahler. Vom DRV hieß es, er arbeite weiter daran, „die Interessen der Branche und seiner Mitglieder mit Nachdruck zu vertreten und die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Reisewirtschaft positiv zu gestalten“. TUI begründete seinen Entschluss damit, der Konzern halte „angesichts des viel internationaleren Wettbewerbsumfeldes eine Neuausrichtung für richtig“, bei der die Interessenvertretung für Auslandsreisen stärker im Fokus stehe. Mit „Neuausrichtung“ soll vorerst aber nicht gemeint sein, dass der DRV durch einen anderen neu zu gründenden Verband ersetzt werden solle, heißt es in Konzernkreisen. In der europäischen Luftfahrt hatte die Neugründung Air-

lines for Europe (A4E) vor einigen Jahren den zerfallenden Verband AEA faktisch abgelöst.

TUI nennt in seiner Trennungserklärung noch einen konkreten Streitpunkt. Der Konzern fordert, dass die gesetzliche Kundengeldabsicherung, die Pauschalreisenden nach der FTI-Insolvenz Rückerstattungen garantiert, auch auf Einzeleinstellungen wie reine Hotelbuchungen ausgedehnt wird. TUI sieht sich in einen 2023 öffentlich gewordenen Branchen-Datenskanal verwickelt war, spalten die Branche.

Doch Debatten um den gestrauchelten Konkurrenten FTI haben auch Gräben hinterlassen. Kern des dortigen Datenskanals war, dass widerrechtlich Geschäftsdaten aus selbständigen Reisebüros zu FTI geflossen waren, sodass FTI den Stand der Geschäfte dieser Büros mit TUI und anderen DRV-Mitgliedern wissen konnte. Nach außen vernehmbar Kritik, dass der damalige FTI-Chef dennoch zunächst DRV-Vorstand blieb, hatte es von der Verbandsspitze nicht gegeben. In den vergangenen Jahren hatte Dissens in der Branche schon dazu geführt, dass sich ein Teil der Reisebüros dem jüngeren Reiseverband FTI zugewandt hat. Dem gehört TUI mittlerweile als Fördermitglied an.

Bekanntmachungen

S 14 BA 47/23

18.06.2024

SOZIALGERICHT MÜNCHEN

In dem Rechtsstreit

Monika Blaimer als Inhaberin von Absolut Clean, Bozzarisstraße 20, 81545 München
- Klägerin -
Proz.-Bev.
ETL Rechtsanwältinnen GmbH, Ernst-Barlach-Straße 4, 18055 Rostock - 735/21 - gegen
Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd, Standort München, vertreten durch die Mitglieder der Geschäftsführung, Thomas-Dehler-Straße 3, 81737 München - 17752745/4712/4712/4712/4712 -
- Beklagte -
Verfahren nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV erlässt die Vorsitzende der 14. Kammer, Richterin am Sozialgericht Emmert, ohne mündliche Verhandlung am 18. Juni 2024 folgenden

Beschluss:

Zum Verfahren S 14 BA 47/23 wird nur beigeladen, wer dies bis spätestens 30.09.2024 (Eingang bei Gericht) beim Sozialgericht München beantragt.
Gründe:
Gem. § 75 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) sind Dritte, die an einem streitigen Rechtsverhältnis derart beteiligt sind, dass die Entscheidung auch ihnen gegenüber einheitlich ergehen kann, zum Verfahren beizuladen. Kommt danach die Beiladung von mehr als 20 Personen in Betracht, kann das Gericht durch Beschluss anordnen, dass nur solche Personen beigeladen werden, die dies innerhalb einer bestimmten Frist beantragen. Die Frist muss mindestens 3 Monate seit der Bekanntgabe betragen (§ 75 Abs. 2a SGG). In dem Verfahren ist streitig, ob bzgl. der für die Klägerin in ihrem Reinigungsunternehmen im Zeitraum vom 01.01.2013 bis 31.12.2016 tätigen Personen Sozialversicherungsbeiträge und Säumniszuschläge in zutreffender Höhe nachgefordert wurden. Insbesondere ist das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung, die Erhebung von Säumniszuschlägen sowie die Vornahme einer Nettolohn-Hochrechnung streitig. Da eine Beiladung von mehr als 20 Personen (insbesondere betroffene Arbeitskräfte, Krankenkassen und Pflegekassen) die Bundesagentur für Arbeit in Betracht kommt, kann das Gericht die o. g. Anordnung treffen. Die Kammer trifft diese Anordnung in Ausübung des ihr durch § 75 Abs. 2a SGG eingeräumten Ermessens im Interesse der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung. Auf die Möglichkeit einer Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 67 SGG wird hingewiesen. Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 75 Abs. 2a S. 2 SGG). Die Vorsitzende der 14. Kammer Emmert, Richterin am Sozialgericht

Sozialgericht

S 3 BA 1096/22

Beschluss

In dem Rechtsstreit
DWS Service GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer, Hospitalstraße 3, 37308 Heilbad Heiligenstadt
Prozessbevollm.: Rechtsanwalt Michael Nienhaus, Christoph-Heinemann-Straße 19, 37308 Heilbad Heiligenstadt
gegen
Deutsche Rentenversicherung Bund,
vertreten durch das Direktorium, Ruhrstraße 2, 10709 Berlin

hat die 3. Kammer des Sozialgerichts Nordhausen durch ihren Vorsitzenden, Richter am Sozialgericht Eicher, ohne mündliche Verhandlung am 11. Juni 2024 beschlossen: In dem o. g. Verfahren des Sozialgerichts Nordhausen ist beabsichtigt, nach § 75 Abs. 2 a des Sozialgerichtsgesetzes zu verfahren. Streitig ist dort die Nacherhebung von Sozialversicherungsbeiträgen für über 100 Mitarbeiter der DWS-Service GmbH im Zeitraum Januar 2017 bis Dezember 2020. Da dort eine Beiladung von mehr als 20 Personen in Betracht kommt, wird angeordnet, dass nur solche Personen beigeladen werden, die dies bis spätestens 30.10.2024 beim Sozialgericht Nordhausen, Taschenberg 59/60, 99734 Nordhausen, Telefax 0361 5715522-77 beantragt haben. Der Beschluss ist unanfechtbar.
Der Richter am Sozialgericht

Richter am Sozialgericht

Nordhausen

11. Juni 2024

- Klägerin -

- Beklagte -



CONSULATE GENERAL OF PAKISTAN

Commercial Wing, Beethovenstr. 4, 60325, Frankfurt am Main

Email: pakcom.frk@tdap.gov.pk, Tel: +49 69 697697-0

INVITATION TO BIDS

The Trade Development Authority of Pakistan (TDAP), through the Commercial Wing, Consulate General of Pakistan, Frankfurt am Main invites sealed bids from European standard construction companies having valid construction licenses, insurance and necessary authorizations from exhibition centers in Germany. They must have at least 5 years of experience in building Country Pavilions at different international exhibitions in Germany for setting up Pakistan Pavilions at various trade fairs in Germany. Single-stage-two envelope procedure shall be followed as provided in Public Procurement Rules, 2004 notified by the Government of Pakistan. This advertisement is also available at www.ppra.org.pk. Bids must be submitted to the address given below on/before 03rd August 2024 at 16:00 hrs. Bids will be opened on the same day at 16:30 hrs. Complete details/requirements/bidding documents can be requested on the email pakcom.frk@tdap.gov.pk or downloaded from https://www.pakistanmissionfrankfurt.de/

Consulate General of Pakistan, Eschenbachstraße 28, 60596 Frankfurt am Main

Ph: 069 96867850 Fax: 069 698678517

Jeden Morgen das Wesentliche wissen.

F.A.Z. Frühdenker, der Newsletter für Deutschland.

Jetzt anmelden unter faz.net/faz-fruehdenker

